



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/127 - 3.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Furcht vor Viermächte-Treffen ?	S. 1
Nach der Krönung - Commonwealth-Konferenz	S. 3
Vor der Entscheidung in Italien	S. 4
Zur Diskussion um das Wahlgesetz (Ein Leserbrief in der "New York Times")	S. 5
Von der Würde des Parlaments	S. 7

Das starre Nein des Kanzlers

...rt - Die Paukenschläge der internationalen Politik - Churchill-Rede, Ankündigung der Bermudas-Konferenz, "Erawda"-Artikel und Semjonow-Ernennung - haben das EWG-Konzert des Bundeskanzlers empfindlich gestört und ihn, nachdem der phantasilose Versuch des Bagatellisierens schon auf halbem Wege zwischen Palais Schaumburg und Bundespresseamt gescheitert war, nunmehr gezwungen, in der Wahl seiner Gegenmänner gegen eine jetzt vielleicht doch vor der Türe stehende Vierer-Konferenz jede Hemmung fallen zu lassen. Immer und immer wieder erklärt der Kanzler oder läßt es durch seine Sprachröhre erklären, es seien nirgends Anhaltspunkte dafür festzustellen, daß Moskau wirklich eine Verständigung wünsche. Dagegen erhalte man ständig neue Beweise dafür, daß Moskau den Westen spalten und daß es Deutschland gegenüber die Rückkehr zu einer Viermächte-Kontrolle wolle. Man müsse daher immer von neuem laut warnen und wiederholen, daß der einzige Weg, Moskau zur Besinnung kommen zu lassen, nur der über eine Vereinigung und Verstärkung des Verteidigungspotentials der freien Völker des Westens sein könne. Solange man nicht die "Union der starken westlichen Hand" geschaffen habe, solange habe es keinen Zweck, sich mit den Sowjets an einen Tisch zu setzen und mit ihnen zu verhandeln. In diesem Sinne hatte wohl Blankenhorn während seines Blitzbesuches die USA-Regierung zu "belehren".

Des Kanzlers Pressechef verdolmetschte vor einigen Tagen Adenauers Meinung mit der Feststellung, daß es angesichts der Haltung Moskaus, also seiner Forderung "Zurück zu Potsdam", besser sei, jetzt keine Vierer-Konferenz abzuhalten. Des Kanzlers Pressedienst setzt nunmehr diese starken Töne fort, wenn er schreibt, daß der Zeitpunkt für eine globale Lösung der Probleme und damit auch für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gekommen sein werde, sobald die "Situation soweit herangereift" sei, d.h. also, sobald die vom Kanzler so heiß

ersehnte und so laut herbeigedredete militärische Stärke des Westens die Sowjets an den Verhandlungstisch gezwungen haben würde. "Wann dieser Zeitpunkt eintritt, ist im Augenblick noch ungewiß", sagt des Kanzlers Pressedienst ungerührt: "Heute ist er noch nicht da, wann das 'morgen' kommt, wissen wir nicht".

Noch niemals ist in der letzten Zeit die Absage an die von 70 Millionen Deutschen als das wichtigste Nahziel erkannte und erkämpfte Wiedervereinigung Deutschlands so unumwunden und brutal ausgesprochen worden wie in diesen zwei düren und erschütternden Sätzen. Man scheut sich also bereits nicht mehr, offen zuzugeben, daß man entschlossen ist, die Wiedervereinigung der schon manisch gewordenen Forderung nach möglichst umgehender Realisierung des EVG-Vertrages bedenkenlos hintanzustellen. Wann das "Morgen der deutschen Einheit" kommt, das weiß man nicht oder will es vielleicht schon gar nicht mehr wissen. Man klammert sich - soll man sagen: In panischer Torsehlußangst?! - an diesen zorbückelnden Torso der EVG, an die außer im amtlichen Bonn kein vernünftiger Mensch mehr glaubt, und man stolpert im pseudo-europäischen Einheitsrausch hinter einem immer unübersichtlicher werdenden Gewirr von Unionen und Konstruktionen und Hohen Behörden und Parlamenten her. Und alles nur in dem verzweifelten Bemühen, sich einer möglichen internationalen Entwicklung entgegenzustimmen, die vielleicht in sich die große Möglichkeit einer baldigen deutschen Wiedervereinigung birgt, aber auch gleichzeitig die politische Einspurbahn des "Alten von Rhöndorf" zur hoffnungslosen Sackgasse werden läßt. Weil das nicht sein darf, weil Adenauer nur eine einzige Art Wiedervereinigung kennt: Nämlich die Eingliederung der Sowjetzone, die von einem "starken" Westen der Sowjetunion aus den Fäusten gerissen würde, mit einem "starken und integrierten" Westdeutschland, deshalb hört Deutschland und die Welt aus dem Palais Schaumburg nur ein starres Nein.

Die Chance, die sich dem Westen und dem Osten und insbesondere uns Deutschen in den kommenden Wochen und Monaten möglicherweise bietet, nämlich im Wege eines Vierergesprächs zur deutschen Wiedervereinigung und damit zur Entspannung der Weltlage zu gelangen, ist so kostbar, daß man sie nicht durch den Starrsinn eines in seinem phantasielosen Einbahn-Denken befangenen Mannes zerschlagen lassen darf, der glaubt, der europäische Generalvertreter einer bestimmten Gruppe Washingtoner "One-power-in-the-world"-Politiker sein zu müssen. Alle politischen Kräfte, denen die deutsche Einheit in Freiheit das vordringlichste Ziel ist, werden dafür sorgen müssen, daß in Deutschland und in der Welt die Stimme der Vernunft, die zugleich die Stimme der Hoffnung auf Wiedervereinigung und Entspannung ist, das starre und trostlose Nein aus dem Palais Schaumburg übertönt. Die friedenshungrigen Menschen wollen keine Altmänner-Politik, die mit waffenklirrenden Drohungen um ihrer selbst betrieben wird, sondern sie wollen eine Verständigungspolitik kluger und entschlossener Männer, denen das Morgen ebenso wichtig ist wie das Heute, weil sie beide Zeiten in Frieden erleben wollen.

+ + +

Commonwealth-Konferenz im stillen

B.C. - London

Fast unbeachtet von der britischen Presse und der öffentlichen Meinung findet diese Woche in London eine der für die Weltpolitik wichtigsten Konferenzen des Jahres statt, ein Treffen der Premierminister sämtlicher sich selbst regierenden Gebiete des britischen Commonwealth. Sir Winston Churchill, der britische Premier, hat seine Kollegen zu dieser Konferenz eingeladen, um in erster Linie mit ihnen einen gemeinsamen Kurs des Commonwealth zu beraten, den er auf der Bermuda-Konferenz der drei westlichen Großmächte vertreten soll. Er wünscht dabei in der Lage zu sein, das gesamte britische Commonwealth geschlossen hinter sich zu haben, um seinen Vorschlägen Amerika gegenüber das nötige Gewicht zu verleihen. Gleichzeitig aber muß Churchill sich auch mit seinen Kollegen darüber verständigen, was geschehen soll, falls die Bemühungen um den Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea fehlschlagen sollten. Die Teilnahme Nehrus, des indischen Premiers, wird in diesem Zusammenhang als besonders wertvoll angesehen, da Indien das einzige Land der freien Welt ist, das mit China volle diplomatische Beziehungen unterhält und so zur Klärung der Lage im Fernen Osten wichtige Beiträge leisten kann.

Ein weiterer Abschnitt der Konferenz wird sich mit der Finanz- und Wirtschaftslage des Commonwealth und des gesamten Sterlinggebietes befassen und Maßnahmen beraten, die angesichts der amerikanischen Weigerung, Schutzzölle abzubauen, notwendig werden. Es ist nicht unmöglich, daß das Commonwealth zur Selbsthilfe greifen und zu einer Verschärfung des Systems der gegenseitigen Zollbegünstigung ("Imperial Preference") zurückkehren wird, das seit dem Kriege auf Wunsch der Amerikaner weitgehend gemildert worden ist. Das Entscheidende bleibt, daß das Commonwealth, wenn es geschlossen zusammensteht, als obenbürtige Großmacht der USA und der UdSSR gegenüber treten kann, politisch sowohl wie wirtschaftlich. Doch ist es sehr schwierig, diese Geschlossenheit der voneinander vollkommen unabhängigen Staaten zu erzielen.

Kanada ist beispielsweise nicht Mitglied des Sterlinggebietes, sondern des Dollarblocks. Indien und Pakistan stehen sich wegen des Streites um Kaschnir mit geladenem Gewehr gegenüber. Indien, Pakistan und Ceylon wiederum wollen mit Südafrika wegen der extremen Rassepolitik der Regierung des Dr. Malan nichts gemein haben. Indien ist in

seinen Mißtrauen gegen die Fernostpolitik der USA sehr viel ausgesprochen selbst als Großbritannien. Süd-Rhodesien fürchtet sich vor dem schwarzen Nationalismus, wogegen die Goldküste wiederum über die rücksichtslose Behandlung der Schwarzen in Kenya, Njassaland und Nord-Rhodesien empört ist. (Njassaland und die beiden Rhodesien werden bekanntlich gegenwärtig gegen den ausdrücklichen Willen der Eingeborenen zu einer "Zentralafrikanischen Föderation" zusammengeschlossen).

Sir Winston Churchill hofft, daß es in freier Aussprache der Kollegen unter seinem Vorsitz möglich sein wird, diese verschiedenen "Familienstreitigkeiten" aus dem Wege zu räumen und die geschlossene Front zu erzielen, die bitter notwendig ist, um einen direkten Zusammenstoß zwischen Amerika und dem Sowjetblock zu vermeiden und um die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Sterlinggebietes - deren Ergebnis sich in der "Dollar-Lücke" offenbart - zu überwinden.

+ + +

Die Welt blickt auf Italien

v. sch. - Rom, Anfang Juni

Wie zu erwarten war, hat sich die Temperatur in den letzten Tagen des italienischen Wahlkampfes wesentlich erhöht. Aber die Qualität der gedruckten und gesprochenen Propaganda hat sich auf beiden Seiten nicht gebessert. Höchst unsicher bleibt, ob es der demokratischen Koalition der Mitte gelingen wird, die 50 Prozent Stimmen und damit die begehrte Mandatsprämie zu erobern. Was vor einigen Wochen für ziemlich sicher gehalten und von der kombinierten Opposition von links und rechts mit einer gewissen Resignation als unabwendbar betrachtet wurde, gilt heute nicht mehr als so wahrscheinlich.

Allerdings hat die Regierung selber ein Interesse daran, eine solche Stimmung in den letzten Tagen zu verbreiten. Die Hauptgefahr, von ihrem Standpunkt aus, ist eine niedrige Wahlbeteiligung. Ein bißchen Bolschewistenangst, auch wenn man nicht ernsthaft daran glaubt, kann vom Standpunkt der Christlich-Demokraten niemals schaden. Jedenfalls hat sich das Rezept im April 1948 glänzend bewährt, allerdings unter ernsteren Umständen.

Richtig ist, daß nach den Statistiken von 1951 und 1952 bei den Gemeindevahlen die demokratische Koalition ihr Hauptziel noch knapp erreichen könnte. Aus den Wahlurnen mag jedoch ein unregierbares Italien hervorgehen. Das würde, zumal nach dem bedenklichen Beispiel Frankreichs, auch eine ernste internationale Situation ergeben.

+ + +

Die Demokratie in Deutschland steht auf dem Spiel

Die Diskussion über die Absicht des Bundeskanzlers, durch ein nach seinen Wünschen zugeschnittenes Wahlgesetz den Bestand der gegenwärtigen Koalition, unabhängig vom Wahlausgang, auch für die nächste Legislaturperiode zu sichern, findet auch in der Weltpresse ihren Niederschlag. Im folgenden geben wir einen Leserbrief in der "New York Times" wieder. Sein Verfasser, Professor Karl Löwenstein, gehört zu den bedeutendsten Staats- und Verfassungsrechtlern in den USA. Nach 1945 war er eine Zeitlang Rechtsberater von HOOVER.

"Ich befinde mich in der unangenehmen Lage, die Ansichten Prof. F.A. Hermans, dessen hervorragende Kenntnisse in Wahlrechtsfragen ich gewöhnlich ebenso bewundere wie sein politisches Urteil, in der Angelegenheit der westdeutschen Wahlreform, scharf zurückweisen zu müssen. In seinem, am 14. Mai veröffentlichten Leserbrief zeigt er sich hypnotisiert von der Aussicht, in Deutschland endlich so etwas wie ein Zweiparteiensystem verwirklicht zu sehen. Dieses ist jedoch - und niemand weiß das besser als er selber - bei einem Verhältniswahlrecht aussichtslos. Er ist völlig blind für die undemokratischen Begleiterscheinungen der geplanten Wahlreform.

Wenn sie durchgeführt würde, bedeutete sie eine Verewigung der augenblicklichen Adenauer-Koalition, die sich aus Christlichen Demokraten, konservativen Freien Demokraten und der ultra-nationalistischen Deutschen Partei zusammensetzt. Die Sozialdemokraten werden nach Ansicht der meisten Beobachter in den kommenden Wahlen zur stärksten Partei aufrücken; dennoch werden sie zur Rolle der Opposition und aufgrund der Bestimmung der Bonner Verfassung selber, zu dauernder Machtlosigkeit verurteilt sein. Das ist natürlich das ziemlich unverfroren eingestandene Ziel des von der Regierung unterbreiteten Gesetzesvorschlags.

Listenverbindung

Das außerordentlich komplizierte Gesetz, welches dem Durchschnittswähler unverständlich ist, soll, auf eine kurze Formel gebracht, eine Koalition bestimmter Parteien durch "Listenverbindungen" erlauben; so können sie automatisch die Mehrheit der Sitze im neuen Bundestag erobern, ohne die absolute Stimmmehrheit zu haben. Man kann mit Bestimmtheit voraussagen, daß die bürgerlichen Parteien, der "Bürgerblock", sich überall gegen die sozialistischen Kandidaten verbinden werden.

Der eingebrachte Gesetzesvorschlag kann also ähnlichen Wahl-

manöverformen würdig zur Seite gestellt werden, die in Frankreich (1951) und Italien (1953) durchgeführt wurden. Die vom Gesetz offen begünstigten Parteien haben auf diese Weise viel mehr Parlamentssitze einheimsen können, als ihnen infolge ihrer wirklichen Stimmenstärke zustand. Aber in Frankreich und Italien war eine solch rohe Vergewaltigung demokratischer Redlichkeit politisch darum gerechtfertigt, weil sie sich gegen den politischen Extremismus der Linken - Kommunismus - und der Rechten - de Gaullismus, Neo-Faschismus, Monarchismus - richtete.

Im Gegensatz hierzu ist das offenbare Ziel der westdeutschen Reform, die Sozialdemokraten daran zu hindern, an die Macht zu kommen. Diese sind jedoch die einzige deutsche Partei, in deren Führung und Mitgliedschaft der Westen hinsichtlich ihrer Verfassungstreue und demokratischer Gesinnung, Vertrauen setzen kann. Das kann man kaum in der gleichen Weise von Dr. Adenauers autoritätsgläubigen Christlichen Demokraten sagen, ganz zu schweigen von den Freien Demokraten, die von unverbesserten Nazis unterwandert sind. Darüber hinaus standen die Sozialdemokraten immer an der Spitze des antikommunistischen Kampfes. Wenn also das Gesetz so angenommen wird, wie es vorgeschlagen ist, wird es die Sozialisten verbittern. Wiederum wird ihnen dann vier lange Jahre hindurch die Chance genommen, politische Verantwortung zu tragen, und sie werden unvermeidlich zum Radikalismus und Nationalismus hingedrängt werden.

Keine wahre Opposition

Wenn Professor Hermans Behauptung stimmt, daß eine Opposition für eine gesunde Demokratie ebenso wesentlich ist wie eine Regierungsmehrheit, dann befindet er sich in einem schweren Irrtum, zu glauben, daß die Opposition bei einem solchen Wahlgesetz und dieser Bonner Verfassung mehr als eine Scheinrolle spielen könnte.

Die bevorstehenden Bundestagswahlen haben weltweite Bedeutung. Sie werden nicht nur entscheiden, wer in Zukunft Westdeutschland regieren wird, sondern die verfassungsmäßige Demokratie in Deutschland steht hierbei auf dem Spiel. Es liegt darum im Interesse der Vereinigten Staaten, daß aus diesen Wahlen eine stabile deutsche Regierung hervorgeht, die auch wirklich einer verfassungsmäßigen Demokratie ergeben ist.

Auf lange Sicht liegt die einzige Möglichkeit, die Bonner Republik davon abzuhalten, sich einer nationalistischen und renazifizierten Rechten - mit den hieraus leicht vorherzusagenden Ergebnissen - zuzuwenden, darin, eine Koalition zwischen Dr. Adenauers Christlichen Demokraten und den Sozialdemokraten nach dem Muster zu schaffen, wie es erfolgreich in Bayern ausprobiert wurde. Die kleineren demokratischen Parteien, die hierzu gewillt sind, könnten sich dann ebenfalls anschließen. Wenn es wahr ist, daß, wie Herr Middleton berichtete, einige alliierte Beamte diese Koalition sehr wünschen, dann würde dies ein viel gesünderes und konstruktiveres Herangehen an die deutschen Probleme verraten, als der Schreiber dieser Zeilen ihnen zutraute.

Das Bundeshaus ist kein Mode-Basar

1. Die Herrenschneider, die im Bundeshaus ihre Verbandstagung mit Ausstellung und Modenschau vor dem Plenarsaal abhielten, wurden zum berühmten Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Abgeordnete und Presse reagierten diesmal sehr einmütig gegen die Verwendung des Bundeshauses als "Mode-Basar". Das Präsidium des Bundestages gab zu erkennen, daß sich in Bundeshaus solche Veranstaltungen nicht wiederholen werden.

Damit wäre der Fall ausgestanden, wenn die Fraktionen von der Annahme ausgehen sollten, die Schneider seien Ursache und Anlaß für die Proteste gegen die Herabwürdigung des Parlamentsgebäudes gewesen. Sie waren nur der letzte Anlaß, die Ursache liegt darin, daß in Bundeshaus nun schon sehr lange Veranstaltungen stattfinden, die in eine Vergnügungsstätte oder auf ein Ausstellungsgelände gehören, aber nicht in das Haus, in dem die parlamentarischen Körperschaften arbeiten. Von den Schaufenstern des Bonner Einzelhandels in einem Gang des Bundes Bundeshauses bis zu vergnüglichen Karnevalsfestivitäten oder Bällen mit Tanz und Tompola hat die Entwicklung des Bundeshauses zwar einen munteren und kommerziellen, aber keinen einem Parlamentsgebäude angemessenen Verlauf genommen.

Man kann es den ausländischen Journalisten und Gästen nicht verübeln, wenn sich ihnen angesichts dieser Entwicklung und in Bewußtsein der in anderen Ländern selbstverständlichen Würde des Parlamentsgebäudes die Haare sträuben. Es ist an der Zeit, daß auch in Bonn diese Würde ernster genommen wird. Weder der Bundestag noch die deutsche Demokratie werden "popularisiert", indem aus dem Bundeshaus eine kleinstädtische Imitation der Berliner Zoofestsäle gemacht wird. Es geht auch nicht an, daß wirtschaftliche Überlegungen hinsichtlich der Rentabilität des Bundeshausrestaurants dazu führen, daß im Gebäude des Parlaments im Stile des Ballhaus Resi Veranstaltungen arrangiert werden. Wenn notwendig, wird der Haushaltsausschuß die notwendigen Mittel bewilligen müssen, um zu verhindern, daß sich im Bundeshaus der Lebensstil nach gastronomischen Gesichtspunkten weiter entwickelt. So wie bisher geht es in keinem Fall weiter.

Wenn das Bundeshaus zur Festigung des demokratischen Staatsbewußtseins der Bürger etwas tun kann, dann mit der Betonung eines der Demokratie angemessenen würdigen Bildes und nicht durch weiteres Tolerieren der bisherigen Entwicklung. Leider waren die armen Schneider, die da ungewollt zum Stein des Anstoßes wurden, nicht das Schlimmste, was an Entwürdigung des Parlamentsgebäudes bisher zu registrieren war. Präsidium und Vorstand des Bundestages werden daher nicht nur aus der Tagung der Schneiderzunft, sondern aus der ganzen bisherigen Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen haben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau